

Oliver Tolmein

Stammheim vergessen Deutschlands Aufbruch und die RAF

Vorwort

Es ist zu spät, ein Buch über die RAF zu schreiben: Mit ihrer Entscheidung vom 10. April den bewaffneten Kampf vorerst zu beenden ist die Fortführung des politischen Streits darüber, was an dieser bewaffneten Politik falsch war, zumindest vorerst unnötig geworden (zumal sich die RAF selbst an dieser Auseinandersetzung ohnedies nicht beteiligt hat).

Es ist zu früh, ein Buch über die RAF zu schreiben: Um die Geschichte der RAF nachzuzeichnen, sich ein präzises und umfassendes Bild von ihrer Wirkung zu machen, fehlt heute das Material. Die Protokolle des Krisenstabs sind nach wie unveröffentlicht, wir wissen von vielen geheimen und weniger geheimen Staatsaktionen nichts, Politiker, Verfassungsschutz und Polizei lancieren in den Medien und über die ihnen wohlgesonnenen Journalisten nur die Dokumente, die ihnen genehm sind. Die Menschen, mit die über die Geschichte befragt werden müßten, mit denen zu diskutieren wäre, sind erschossen, unter nach wie vor nicht zweifelsfrei aufgeklärten Umständen in Haft zu Tode gekommen oder werden immer noch gefangen gehalten.

Trotzdem muß die in Schreiben der RAF, in Papieren von drinnen und draußen immer wieder beschworene und eingeforderte "Neubestimmung linker Politik" begonnen werden. Voraussetzung dafür ist, daß worüber diskutiert werden soll auch zur Kenntnis genommen werden kann. Deswegen sind in diesem Buch neben dem für einige Jahre militanter antiimperialistischer Politik wegweisenden Mai-Papier der RAF sämtliche ihrer Bekennerschreiben seitdem und die Hungerstreikerklärungen der Gefangenen aus RAF und Widerstand dokumentiert: Damit wird auch der Zensur von Erklärungen der RAF durch die Medien, die die Bekennerschreiben in der Regel nur stark gekürzt abdrucken und der Kriminalisierung der Verbreitung von RAF-Texten entgegengetreten, die dazu führt, daß z.B. ein Dokumentenband wie "texte: RAF" noch heute hierzulande faktisch verboten ist, daß ein Buch wie "Widerstand heißt Angriff" in der Bundesrepublik nur illegal verbreitet werden konnte, daß der Abdruck von Bekennerschreiben immer wieder zu Zensur-Verfahren gegen kleine linke Zeitungen geführt hat. Bekennerschreiben aus früheren Jahren sind bereits veröffentlicht, weitere Texte der RAF und der Gefangenen aus RAF und Widerstand aus der Zeit nach 1982 abzdrukken, z.B. die Erklärungen zur Hafenstrasse oder zum Kronzeugen Siegfried Nonne, hätte den Rahmen dieses Buches gesprengt.

Die Texte der RAF sollten ergänzt werden durch Interviews mit Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand - das war nicht möglich. Die Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg haben meine Anträge auf Genehmigung eines Interviews umgehend abgewiesen - obwohl nach den Fernsehinterviews, die ich mit den Gefangenen in Lübeck und Celle geführt hatte klar sein mußte, daß die vielbeschworenen Sicherheitsinteressen nicht berührt

werden würden. Das Justizministerium im rot-grün regierten Bundesland Hessen hat es geschafft, die Entscheidung über den Interview-Antrag so lange zu verschleppen, bis es für dieses Buch zu spät war.

Auch deswegen sind die "üblichen", keineswegs unwichtigen Fragen hier ausgespart: Grundsätzliches ist über Sinn und Unsinn des bewaffneten Kampfes in der Bundesrepublik (auch von mir) schon genug geschrieben worden - solange die direkte Auseinandersetzung mit der RAF und den Gefangenen aus RAF und Widerstand nicht möglich ist, läßt sich dazu meines Erachtens wenig neues schreiben.

Mich hat vor allem die Frage beschäftigt, wieso die RAF gerade jetzt, nach der Wiedervereinigung, eine Zäsur macht, ihre Politik der Attentate beendet - und wie sie zu ihrer merkwürdig verhaltenen, bisweilen den Erklärungen der PDS sehr nahe kommenden Einschätzung des nationalistischen Aufbruchs in Deutschland kommt. Ein wichtiger Grund dafür liegt in der verqueren Analyse des Nationalsozialismus, den die RAF nicht als Eigenleistung des deutschen Volkes sieht, sondern als etwas bloß von oben Aufgezwungenes als, wie es in einem Bekennerschreiben heißt, "politische und militärische Vorwegnahme des imperialistischen Systems der multinationalen Konzerne". Eng verbunden damit ist die Bewertung des US-Imperialismus, als eigentlichem Hauptfeind der Unterdrückten der Welt, der auch die Menschen in der BRD "kolonisiert" habe. Der Antiimperialismus hatte so die Dimension eines Kampfes gegen nationale Fremdbestimmung - und erweist sich heute als nur wenig tauglicher Wegweiser in den aktuellen Auseinandersetzungen. Das hat nicht nur Konsequenzen für die RAF - so wie die Ausblendung der realen Bedeutung der Volksgemeinschaft für den Nationalsozialismus und seine Fähigkeit, auch weite Teile der deutschen Arbeiterklasse zu integrieren aus der Faschismus-Analyse auch nicht nur ein Fehler der RAF war: Die Kritik an ihr hat deswegen exemplarischen Charakter und soll nicht etwa die RAF für das Versagen der deutschen Linken insgesamt verantwortlich machen.

Welche Bedeutung die "Kinkel"-Initiative, die mir keineswegs ein Zugeständnis an die RAF zu sein scheint, im wiedervereinigten Deutschland hat und warum ich sie als Modernisierung der "harten Linie" betrachte und nicht als Ausdruck der Zivilisierung der Bundesrepublik ist Thema des zweiten Kapitels. Hier wird auch untersucht, wieso die Bundesanwaltschaft und ihre freien Mitarbeiter in den bundesdeutschen Medien sich so dafür engagierten, die angeblich längst zweifelsfrei aufgeklärten "Selbstmorde" von Stammheim nochmals zweifelsfrei aufzuklären - und warum dadurch erwartungsgemäß keine der offenen Fragen beantwortet und keiner der wesentlichen Widersprüche aufgelöst wurde.

"Bei allem ist uns am meisten aufgefallen" schreibt die RAF in ihrem August-Papier 1992 mit Blick auf ihre KritikerInnen, "mit welcher Selbstverständlichkeit sich Leute hinsetzen und Aktionen von uns begutachten, ohne wahrscheinlich je selbst einen Gedanken daran zu verschwenden, das, was sie von uns fordern selbst zu machen." Tatsächlich ist linksradikale Politik nicht einfach durch Reflektion zu ersetzen, gerade die Eskalation des Deutschen in den Verhältnissen erfordert praktisches Engagement. Aber gerade jetzt, angesichts der weitgehenden Begriffs- und Ratlosigkeit aller linken Fraktionen macht es wenig Sinn, jeden Gedanken und jede Analyse ersteinmal durch den Praxis-TÜV zu schicken und die die ihn äußern mit einem knappen "machs doch selber besser" zu bescheiden.

In diesem Sinne gilt mein Dank vor allem denen, die das Manuskript gelesen und mit mir darüber diskutiert haben, obwohl sie mit meinen Thesen und Überlegungen überhaupt nicht einverstanden sind.

Hamburg, August 1992

"Dem Volke dienen"

Ein Stilleben: Holzvertäfelte, weißgestrichene Wand, kahl bis auf eine chinesische Tuschezeichnung, die Tür ohne Griff, der Tisch übersät mit Papieren, Kaffeetassen, Zuckerstreuer. In der Ecke krümmen sich zwei Stuben-Bäumchen. Fünf Männer sitzen stumm um einen Tisch herum, die Arme verschränkt, die Hände ineinandergegriffen, die Ellenbogen aufgestützt, eine Frau redet mit großer Geste. Eine merkwürdige Gesellschaft: Drei Gefangene aus der RAF, zwei ehemalige Mandatsträger der GAL, ein linker Verleger (keiner ein Zweifler). Fünf, sechs, sieben Jahre früher wäre das Gespräch wahrscheinlich irgendwann verstummt oder abgebrochen worden - aber darüber sprechen die sechs nicht. Sie diskutieren über den Imperialismus und seine Gegner, reflektieren die Politik der RAF - Reden an einem unmöglichen Ort. In der Zelle in Celle. April 1992.

Ein Fernsehabend im Mai. Programmänderung. Die Talkshow "Up`n Swutsch" wird verschoben - statt dessen zeigt der Norddeutsche Rundfunk 45 Minuten lang etwas, was der Ansager als Dokument der Zeitgeschichte bezeichnet. Vor gelbbraunen Vorhängen, in einem düster tapezierten Raum sitzen vier Frauen, erinnern, erzählen, erklären, schweigen auch mal, suchen ein Wort, drehen Zigaretten. Gesichter, die jahrelang nur auf Fahndungsplakaten zu sehen waren, Gefangene aus der RAF, keine Aussteigerinnen, die eindringlich über ihre Haftbedingungen berichten, die jahrelange vollständige Isolation, die Taktik der Stadtguerilla und den Versuch, einen neuen Weg zu finden. Eine Bild-Störung aus Lübeck.

Die außerparlamentarische Opposition, die sich vor Jahren noch ihre Öffentlichkeit auf der Strasse erobert hat, wird heute in die Innenräume abgedrängt. Den Gefangenen aus der RAF gelingt es mit diesen Interviews aber trotzdem eine Routine zu durchbrechen, die sie seit ihrer Verhaftung in die Rolle von Objekten der veröffentlichten Meinung gezwungen hat: Mit entstellenden Fahndungsphotos, zielsicher zusammengekürzten Briefen oder Erklärungen, vagen, aber bedrohlich klingenden Informationen "gutunterrichteter Kreise" und klug gestreuten Gerüchten haben die Medien, ganz vierte Staatsgewalt, ihren Beitrag zur "Terrorismus-Bekämpfung" geleistet, ein Bild zusammengepuzzelt, das die RAF als eine rohe Bande von Fanatikern zeigt.

Im Anschluß an das Interview mit den Lübecker Gefangenen versucht ein Moderator den Sender ins rechte Licht zu rücken, Verständnis in Mißverständnisse zu verwandeln. Das Feind-Bild soll wieder rekonstruiert werden. Aber nichteinmal die selbstzusammengestellte Diskussions-Runde aus Verfassungsschützer, Aussteiger, CDU-Politiker, SPD-Justizminister und einer Anwältin will dabei so richtig mittun. Dpa versucht tags darauf zu retten, was so recht nicht mehr zu retten ist - die Legende von den skrupellos kalkulierenden,

brutalen Terroristinnen: "Gleichzeitig verdeutlichten die vier Frauen, nach Angaben des NDR, daß der vorläufige Gewaltverzicht nur taktisch-strategisch begründet sei und nicht als grundsätzliche Abkehr gewertet werden könne". Sie haben es nicht gesagt, sie werden nicht zitiert: Aber die meisten bundesdeutschen Medien übernehmen die Angaben des NDR über das, was angeblich "verdeutlicht" worden ist.

Die Fernseh-, Rundfunk- und Zeitungsinterviews, die mit Hanna Krabbe, Irmgard Möller, Christine Kuby, Gabriele Rollnik, Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Knut Folkerts in Schleswig-Holstein und Niedersachsen gemacht werden können, bleiben aber die Ausnahme: Die Justizministerinnen und Justizminister der anderen Bundesländer lehnen weiterhin strikt ab, daß die dort inhaftierten Aktiven aus RAF und Widerstand von Journalisten befragt werden können. Der Rechtsstaat verhängt eine Kontaktsperre besonderer Art.

Wenige Wochen nach der überraschend abgegebenen Erklärung der RAF vom 10. April 1992, zumindest vorübergehend "gezielt tödliche Aktionen gegen Spitzen aus Staat und Wirtschaft" zu unterlassen, die Eskalation zurück zu nehmen, entsteht so ein Bild von der Staatsgewalt, dem die scharfen Konturen fehlen: Ein Stück Liberalisierung für einige, wenige Gefangene, Verlängerung der harten Linien für die meisten, milde Rhetorik und neue Ermittlungsverfahren. Daß diese Unentschiedenheit, der offene, allerdings nicht lauthals artikulierte Widerspruch über die Bedingungen der Haft im (für die Gefangenen allerdings ziemlich wichtigen) Detail möglich ist, ohne daß es darüber zu einer scharfen Kontroverse kommt und sich die Parteien gegenseitig Staatsverrat vorwerfen, hat auch damit zu tun, daß die RAF, die jahrelang ein maßgeblicher Orientierungspunkt für die Staatssicherheitspolitik war, diese Funktion längst verloren hat.

Das gilt auch für die außerparlamentarische Linke, die den Abschied der RAF vom bewaffneten Kampf, der 1977 oder früher, nicht nur eine Sensation gewesen wäre, sondern die eigene politische Entwicklung hätte beeinflussen können, der in den Achtzigern nicht vorstellbar war, kaum mehr als Kenntnis genommen hat: Vorbereitet durch Auflösungserscheinungen bei den Revolutionären Zellen, irritiert über den Zeitpunkt. Ausgerechnet nach der Wiedervereinigung, 1992, als Deutschland aggressiv wie nie zuvor als Bundesrepublik danach eifert Großmacht zu werden, versucht die bewaffnete Gruppe, die sich 1970 auch gegen Willy Brandts integrationistisches "Mehr Demokratie wagen" gegründet hatte, die so kompromißlos, konsequent und ausdauernd wie keine andere ihre politischen Vorstellungen hat Taten folgen lassen, zu deeskalieren, einen "Raum" für die Organisation von neuer "Gegenmacht von unten" zu öffnen.

Die Erklärung der RAF vom 10. April hat wenig dazu beigetragen, diesen Widerspruch zu erklären oder ihn als scheinbaren Widerspruch zu entlarven. Und auch die nachgeschobene, ausführliche Positionsbestimmung der RAF vom August 1992, in der sie zustimmend gefangene GenossInnen zitieren, die konstatiert hatten "die RAF hat auch Verantwortung an die Linke abgegeben" löst dieses Rätsel nicht. Wahrscheinlich ist das auch nicht möglich. Der Zerfallsprozeß der bundesdeutschen Linken hat jetzt eben auch die bewaffnete Fraktion, die RAF, erreicht: Die Restauration Deutschlands, das Auseinanderbrechen des real-sozialistischen Staatenblocks, die blutige Aktualisierung der Nationalitätenkonflikte hat sie so schlecht vorbereitet getroffen, wie andere Gruppen der Linken - und gerade deswegen so tief. Innerhalb von nur zwei Jahren haben sich so viele linke Prognosen blamiert, sind so viele linke

Gewißheiten ad absurdum geführt worden, daß erstaunlicher als die Unterbrechung der autonomen, kommunistischen und antiimperialistischen Praxis ist, wie lange noch weitergemacht werden konnte, zumeist so, als ob nichts wirklich passiert wäre, in der Hoffnung auf baldige "Normalisierung" - eine Sehnsucht, die sich in manchen Gruppen und Zusammenhängen auch heute noch zu halten scheint. Insofern kommt der Entscheidung der RAF diesen Rückzug in die Sackgasse ausgeschlossen zu haben eine über das enge antiimperialistische Spektrum hinausweisende Bedeutung zu.

In der Auseinandersetzung mit der Politik der RAF, die sich selbst lange Zeit als Speerspitze des Widerstands gesehen hat und die oftmals auch, von FreundInnen und FeindInnen, als solche gesehen worden ist, birgt die Gleichzeitigkeit des Niedergangs bundesdeutscher linker Fraktionen aber auch besondere Gefahren in sich: Im Allgemeinen wird das Besondere übersehen. In der Erklärung der RAF vom 10. April wird das deutlich am beharrlichen Schweigen über die seit vielen Jahren geübte Kritik an der eigenen Politik, ein Schweigen, das auch in der ausführlicheren Erklärung vom August 1992, die allerdings manche Kritik von außen wenigstens indirekt aufgreift, kaum durchbrochen wird - das allerdings auch in anderen Stellungnahmen und Kommentaren sein Gegenstück findet.

"Der Fehler der RAF war weder die Anwendung von Gewalt, noch waren es Kriminaldelikte, sondern ihr Fehler war die Niederlage im antiimperialistischen Kampf" stellte Hemann L. Gremliza im Juni 1992 seiner Kolumne "Kein Konzept statt Guerilla" ein älteres Pohrt-Zitat voran. Das klingt radikal und gegen den Zeitgeist - aber was hilft es, jetzt, statt zu untersuchen und nachzufragen, auf welchen Grundlagen der antiimperialistische Kampf basierte, was die inneren Bedingungen für die Niederlage sind, staatsfeindliche Allgemeinplätze festzuschreiben. Ärgerlich wird das vor allem, wenn den Gefangenen und damit wohl auch der RAF, wahrscheinlich auch aus gut gemeinten Motiven, die Erkenntnisfähigkeit abgesprochen wird (und damit die Fähigkeit sich an einer die Grundlagen des eigenen politischen Handelns betreffenden Diskussion zu beteiligen): "Doch so präzise sie die an ihnen vollzogene Gewalt beschreiben können, so unfähig sind sie geworden, gemacht worden, die Niederlage ihrer Politik als ihre Niederlage zu akzeptieren...und sich entsprechend zu verhalten...Der größte Respekt vor einer zwanzigjährigen Tapferkeit und die mitfühlende Kenntnis, was Haftbedingungen, wie die den RAF-Gefangenen auferlegten an Körper und Geist anrichten, dürfen nicht das Urteil unterdrücken, das die sich hier (gemeint ist die Erklärung der RAF vom 10. April und wohl auch das KONKRET-Streitgespräch in 6/92, O.T.) dokumentierende Entwicklung politischen Denkens benennt: Regression." Daß nun auch noch ein linker Verleger meint, über die Gefangenen und ihre Organisation, die RAF als politischer Psychologe urteilen zu müssen, macht die Auseinandersetzung, die mehr einbezieht als ein paar Stichworte wie "Kritik der Bedürfnisse" und tatsächlich phrasenhaft klingende antirassistische Überlegungen, nicht überflüssig, sondern notwendig.

Jetzt einen neuen Weg zu suchen, ohne im einzelnen und genau zu reflektieren warum der alte in die Irre geführt hat (und wo die einzelnen Fraktionen und Individuen eigentlich angekommen sind), jetzt Mut, Konsequenz und Tapferkeit der RAF zu rühmen ohne sich zu überlegen, ob das die wesentlichen und einzigen Werte linker Politik sind, heißt nichts anderes als die Auseinandersetzung mit dem (beendeten und möglicherweise wieder aufgenommenen) bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik Deutschland der "Entsolidarisierungslinken" (K.H.Roth) zu

überlassen, die wenig anderes im Sinn hat, als die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols zur Voraussetzung auch für oppositionelle Politik durchzusetzen.

Die RAF schreibt in ihrer Erklärung vom 10. April 1992: "Wir hatten unsere Politik ganz stark auf Angriffe gegen die Strategien der Imperialisten reduziert und gefehlt hat die Suche nach unmittelbaren positiven Zielen und danach, wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfang kann zu existieren." Der Streit darüber, ob "eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon existieren kann", wie sie gegebenenfalls zu organisieren wäre und was man sich unter "der Suche nach unmittelbaren positiven Zielen" vorzustellen hat, ist alles andere als neu: Die Gründung der ersten Kommunen, der Rückzug vieler Linken aufs Land, in Wohn- und Arbeitsprojekte nach dem Deutschen Herbst, der Aufbau von Arbeitskollektiven und der Niedergang der taz und der Aufstieg der Hafenstrasse -alles Etappen in der Geschichte der bundesdeutschen Linken, die von dieser Auseinandersetzung geformt wurden. Daß dieser Streit, erbittert ausgetragen und von vielerlei Spaltungen begleitet, schon als ihn die RAF selbst nicht sonderlich interessant fand, im Abseits der deutschen Verhältnisse ausgetragen wurde, auf sie, so interessiert sich die Medien auch immer wieder zeigten, keinen nachhaltigen Einfluß hatte, läßt die Akzentsetzung der RAF für ihre nächste Phase so allgemein fragwürdig erscheinen.

Wozu soll außerdem eine Alternative entwickelt werden, wenn über die gesellschaftlichen Verhältnisse weltweit, vor allem aber hier in Deutschland ein hohes Maß an Unklarheit besteht? Sind die Angriffe auf Flüchtlinge Aktionen eines rassistischen Mobs, sind sie "Übergriffe" von Modernisierungsverlierern, sind sie gesteuerte Aktionen, werden sie von den Herrschenden initiiert, geduldet, nicht scharf genug bekämpft? Gehören sie zu Deutschland wie die Hitze zum Feuer, oder sind sie bloß eine vorübergehende Erscheinung? Artikuliert sich dort Wut auf den Staat, die umzulenken wäre, oder sind die Angreifer unversöhnliche Gegner der Flüchtlinge (und von uns)?

Für die künftige Strategie linker Gruppen in Deutschland, wenn sie denn wieder entwickelt werden kann, ist die Beantwortung dieser Fragen unverzichtbar. Die Konstruktion einer bequem in zwei Gruppen, die Herrschenden und die Beherrschten, zu unterteilenden Gesellschaft, wie es in die RAF in ihrer Grußadresse an die GegnerInnen des Weltwirtschaftsgipfels in München tut, wirkt kontraproduktiv: "Ihre unmittelbare Bestimmung (gemeint ist die Aktion gegen Treuhandchef Rohwedder, O.T.) war es, der kapitalistischen Walze, die gegen die Menschen in der Ex-DDR von hier aus losrollte, auch unsere Kraft entgegenzusetzen und eine Verbindung zu den Kämpfen dort herzustellen." Ein Bild der Gegen-Aufklärung: Die "kapitalistische Walze", eine gewalttätige Maschine, "rollt los" ohne daß es dafür eines Willensaktes bedurft hätte, einfach so, einer Naturgewalt gleich, "gegen die Menschen". Die, die Ausbeutungsstrategien entwerfen, realisieren und durchsetzen sind aber ebenso Menschen und Teil der Gesellschaft, wie die, deren Monatseinkommen weniger als 5000 Mark beträgt. Die, "die Menschen", wiederum haben einiges dafür getan, daß in den Gegenden, die sie bewohnen heute die Treuhand schaltet, CDU-Regierungen walten und für Flüchtlinge aus anderen Regionen der Erde tatsächlich Gefahr für Leib und Leben droht. Wenn man den Aufmarsch der deutschen Deutschen vor der Rostocker Flüchtlingsunterkunft als Zusammenrottung Verführter begreifen will, was waren dann die gerühmten-berühmten Leipziger Demonstrationen, deren Ursprungs-Losung "Wir sind das Volk" kaum weniger völkisch war als ihre Fortsetzung, "Wir sind ein Volk" ?

Welche Kämpfe also meint die RAF? Daß sich die Menschen, die sich vom real existierenden Sozialismus befreit haben, das kapitalistische Regime nicht so ohne weiteres gefallen lassen würden ist zwar oft prophezeit worden - aber weder die Streiks auf den Werften, noch die Protestmärsche der Bauern oder die Versammlungen in den abgewickelten Universitäten lassen die Wut und Wucht spürbar werden, die sie zu Kämpfen gemacht hätte. Es bleibt bei Unmut und Protest - "Widerstand", in diesem Fall gewalttätige Aggression, gibt es bislang nur gegen den Aufenthalt von AusländerInnen in diesem Land. Und das richtet sich nicht gegen die Regierungspolitik, sondern fordert, erfolgreich, ihre sofortige Verschärfung.

"Heute wissen wir", heißt es in der Gruß-Adresse weiter, "daß dieser Prozeß, aus zwei völlig unterschiedlichen Realitäten und Erfahrungen heraus zu einem gemeinsamen Kampf zu kommen, intensive Auseinandersetzungen und Verstehen, von einander lernen aus diesen unterschiedlichen Geschichten erfordert. Das ist die Voraussetzung für den Aufbau einer gemeinsamen Gegenmacht." Und im August-Papier wird dieser Gedanke weitergeführt: "Tatsächlich haben wir die, die sich in der ex-DDR für eine andere Entwicklung organisiert haben, als die vom BRD-Staat/Kapital aufgedrückte, mit einer Ebene von Kampf konfrontiert, die nicht aus ihrer Erfahrung entwickelt war. Für die sind wir also in ihre Entwicklung wie von außen eingedrungen." Die einfühlsame Sorge, der Ex-DDR-Opposition etwas Fremdes aufzudrücken, ist also ein wesentliches Motiv für die RAF eine Zäsur in ihrer Politik zu setzen. Deren Zeitpunkt folgt aber, auch wenn die RAF das nicht so schreibt und wahrscheinlich nicht so gewollt hat, damit noch einer anderen Logik: Die Gruppe, die den bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik Deutschland 1970 aufgenommen hat, hat als Hauptfeind den US-Imperialismus ausgemacht. Die bundesdeutsche Elite war dabei zwar auch gemeint (und einzelne ihrer Exponenten fielen den Anschlägen zum Opfer) - aber sie galten eher als ausführende Organe, als Handlanger und Schergen, und wurden in den entsprechenden Bekennerschreibern auch so bezeichnet. 1992 haben die USA sich weitgehend aus Europa zurückgezogen und seinen Einfluß auf die BRD fast gänzlich verloren, in Geheimpapieren des Pentagon wird eine künftige Atommacht Deutschland bereits als potentieller Gegner beurteilt. Das alte Feindbild der Metropolen-Guerilla ist zusammengebrochen - das neue, die Großmacht Deutschland, ist analytisch nicht erfasst: Weil bereits die Tatsache, daß es existiert, die alten Raster sprengt.

Deutschland, Auschwitz und die RAF

"Wir sind Demokraten, auch wenn es die Besatzungsmächte an Demokratie mangeln lassen. Wir müssen die Demokratie verteidigen, auch gegen die Besatzungsmächte."

Kurt Schumacher 1949

"Nicht weniger aggressiv als der US-Imperialismus, ist sie (die Bundesrepublik, Anm.O.T.) doch weniger angreifbar. Die politischen Möglichkeiten des Imperialismus sind hier weder in ihrer reformistischen, noch in ihrer faschistischen Variante erschöpft, seine Fähigkeit, die von ihm selbst erzeugten Widersprüche zu integrieren oder zu unterdrücken nicht am Ende. Das Konzept

Stadtguerilla der Roten Armee Fraktion basiert nicht auf einer optimistischen Einschätzung der Situation in der Bundesrepublik und Westberlin". Das "Konzept Stadtguerilla" der RAF, dem diese Passage entstammt, ist geprägt von der intensiven Auseinandersetzung der außerparlamentarischen Linken mit der Kontinuität des Nationalsozialismus in der BRD.

Die Pläne der Regierung und vor allem des Ministers F.J. Strauß, bundesdeutsche Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erlangen, der Versuch, die Opposition im Inneren abzuschaffen, die Große Koalition, und die offene Durchsetzung des Instrumentariums des autoritären Staates, die Notstandsgesetze, haben in den sechziger Jahren den Stoff für zahlreiche Kolumnen Ulrike Marie Meinhofs abgegeben. Noch ist die USA, trotz ihres Kriegs in Vietnam, nicht das alles beherrschende Feindbild, zumindest wird sie nicht so dargestellt. Die RAF ist sich des Terrains, auf dem sie kämpfen will, Deutschland, und seiner Besonderheiten wohl bewußt. Allerdings nur was dessen staatliche Verfaßtheit betrifft - nicht was seine Bevölkerung angeht.

Hatte Ulrike Meinhof noch 1968 in "Konkret" aus Anlaß der zehnten Sendung von "Aktenzeichen xy ungelöst" auf die langanhaltende "Anhänglichkeit der Deutschen an ihren Führer" verwiesen, ihren Judenhaß, ihre besonderen Schwierigkeiten mit unterdrückten Aggressionen und die daraus resultierende permanente Suche nach neuen Sündenböcken kommentiert, kennt die RAF im "Konzept Stadtguerilla" und den darauffolgenden Texten nur noch das Volk, die Massen und den Klassenfeind. Daß der Nationalsozialismus mit seiner Ideologie der Volksgemeinschaft Sympathien bis weit in die Arbeiterschaft hatte, daß der Antisemitismus nicht von oben kommandiert werden mußte, daß der Massenmord an Behinderten auch von Teilen der Bevölkerung geduldet und unterstützt wurde und nicht nur die Bourgeoisie Kriegsverbrechen beging - auf die politische Analyse der deutschen Verhältnisse RAF hat das keinen erkennbaren Einfluß.

In der im April 1971, ein knappes Jahr nach dem "Konzept Stadtguerilla", veröffentlichten Schrift "Stadtguerilla und Klassenkampf" analysiert die RAF den Chemiarbeiterstreik 1971 als Ausdruck "subjektiv verschärfter Kampfbereitschaft (bei) objektiv verminderter(r) Kampfkraft" und resümiert erste Erfolge des illegalen Kampfes: "Sie (die Herrschenden, Anm.O.T.) sind gezwungen, ihre eigene Ordnung zu brechen und als das aufzutreten, was sie sind: als Feinde des Volkes." Die RAF dagegen will, Mao folgend, "dem Volke dienen", in ihrem Fall dem deutschen Volke, das in ihren Augen zwar durch in besonderem Maße korrumpierte Organisationen der Arbeiterbewegung und geringe Widerstandskraft ausgezeichnet ist, sich ansonsten aber durch wenig von anderen Völkern unterscheidet.

Anders als in späteren Texten nehmen die beiden noch "draußen" verfassten "Konzept Stadtguerilla" und "Stadtguerilla und Klassenkampf" noch die bundesdeutschen Verhältnisse als Ausgangspunkt für die Entwicklung der eigenen politischen Konzeption und Handlungen. Zwar wird in ihnen schon eine auf Staat und Kapital als alleinige Verantwortliche Analyse des Nationalsozialismus deutlich, die Um-Schuldung zu Lasten der USA, die Stilisierung des US-Imperialismus zum Hauptfeind der Menschheit findet in den Texten aber noch keinen Niederschlag. Das ändert sich erstmals 1972 in der Erklärung des "Kommando 15. Juli" zum Bombenanschlag auf das Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg, wo der Zentralcomputer installiert ist, mit dem die US-Air Force

Einsätze gegen Nord-Vietnam koordiniert werden, verweist. Der Anschlag ist Teil der sogenannten Mai-Offensive -der ersten großen RAF-Aktionen nach der Befreiung von Andreas Baader.

Um das Ausmaß des Schreckens, das die USA über Vietnam hereinbrechen lassen, anschaulich zu machen rührt die RAF an alte Erinnerungen: Die Amerikaner werfen im Vietnamkrieg noch mehr Bomben, als im Zweiten Weltkrieg auf Deutschland und Japan; es trifft, erklärt die Guerilla den Deutschen, die Vietnamesen noch härter als sie damals selbst. "Das ist Genocid, Völkermord, das wäre die >Endlösung<, das ist Auschwitz."

Das für den Nationalsozialismus wesentliche Verbrechen wird im Zuge antiimperialistischer Propaganda nach Südostasien verlagert, aus den Befreiern von einst werden die Verbrecher der Gegenwart und der Zukunft. Die RAF ist zuversichtlich, daß diese Agitation verfängt und erklärt deswegen zusätzlich, warum die Bundesdeutschen, immerhin die Erfinder der Blockwart-Mentalität, den Fahndungsapparat der BRD im Stich lassen werden: "Die Menschen in der Bundesrepublik unterstützen die Sicherheitskräfte bei der Fahndung nach den Bombenattentätern nicht, weil sie mit den Verbrechen des amerikanischen Imperialismus und ihrer Billigung durch die herrschende Klasse hier nichts zu tun haben wollen. Weil sie Auschwitz, Dresden und Hamburg nicht vergessen haben... ."

Was aberwitzig erscheint, die Bombenangriffe der Alliierten auf Deutschland, die diesen von den Nationalsozialisten begonnenen und gnadenlos geführten Krieg beenden sollen, mit dem beispiellosen industrialisierten Völkermord, gleichzusetzen, macht im Verständnis der RAF durchaus Sinn. In "Stadtguerilla und Klassenkampf" haben sie, um die besonderen Schwierigkeiten der Guerilla hierzulande zu verdeutlichen, eine ganz eigene Sicht auf Urheber und Wirkung der nationalsozialistischen Verbrechen präsentiert: "(Unsere Strategie) wird dadurch nicht falsch, daß das System es uns unendlich schwer macht, die Guerilla in den Massen zu verankern...Was erwarten die Genossen eigentlich in einem Land, das Auschwitz hat widerstandslos über sich ergehen lassen?"

Die Deutschen werden nicht, "das Land" wird nicht als Beteiligte an der Vernichtung der Juden in Europa gesehen, sie erscheinen in der Sicht der RAF nicht als Mit-Täter, sondern als Mit-Opfer, die dieses einzigartige Verbrechen "des Systems" haben so "über sich ergehen lassen", wie die Bombenangriffe der Alliierten (das allerdings, was die RAF nicht erwähnt, nicht ganz so passiv: die deutsche Jugend betätigte sich engagiert als Flakhelfer).

Die Haltung der Bevölkerung während des Nationalsozialismus, der in den linksradikalen Texten immer nur als Faschismus bezeichnet wird, beschäftigt die RAF Mitglieder auch in den folgenden Jahren. Ihre Bewertung verändert sich allerdings nicht wesentlich - die Analyse wird lediglich zugespitzt. In einem Interview mit dem "Spiegel", während des dritten Hungerstreiks 1975, machen die Gefangenen aus der RAF bewußt, daß es "hier nicht wie in Frankreich, Italien, Jugoslawien, Griechenland, Spanien, selbst Holland, massenhaften, bewaffneten antifaschistischen Widerstand gegeben (hat)." um dann fortzufahren: "Ansätze dazu sind seit 45 von den Westalliierten sofort zerbrochen worden." Im Interview wird nicht verraten, aber auch seitens der ansonsten sehr interventionsfreudigen "Spiegel"-Interviewer nicht nachgefragt, was das denn für ein "massenhafter, bewaffneter antifaschistischer Widerstand" gewesen sein soll,

dessen Ansätze von den Westalliierten "seit 45" zerbrochen worden sind. Unmißverständlich ist auf jeden Fall: Die Westalliierten werden im Nachhinein mindestens zu Mitverantwortlichen für das Ausbleiben des einer militanten antinazistischen Opposition gemacht.

Die im Stammheim-Prozeß als "Erklärung zur Sache" von den Angeklagten Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe, Andreas Baader und Ulrike Meinhof vorgetragene "Geschichte der BRD" radikalisiert 1976 diese Interpretation: Selbst der Nationalsozialismus wird dort zur Funktion in den Plänen der "Strategen des US-Imperialismus", deren Kalkül gewesen sei, "die Sowjetunion durch die faschistischen Armeen vernichten zu lassen". Erst als dieses Projekt offensichtlich scheiterte wären, so die RAF, die USA zum Kriegseintritt bereit gewesen um zu verhindern, daß "die Gegenoffensive der sowjetischen Armee die Kräfteverhältnisse in Europa umwälzen würde". Die "Erklärung zur Sache" bleibt auch die Erklärung dafür nicht schuldig, warum die USA eigentlich den komplizierten Weg gingen, ihren eigentlichen Verbündeten, den Faschismus erst zu besiegen, um ihn dann für die eigenen Interessen einzuspannen - angesichts des von der RAF konstatierten hohen Maßes an politischer Übereinstimmung und ökonomischer Verflechtungen hätte ja näher gelegen direkt zusammenzuarbeiten.

Dagegen stand das deutsche Proletariat, weswegen die USA auch nicht "die deutschen Industrieanlagen, die übrigens teilweise sowieso den US-Konzernen...gehörten" bombardierte, sondern "die Wohnviertel der Bevölkerung" als Ziele für die "Terrorbombardements" auserkor um so "die Deutschen insgesamt mit dem faschistischen Staat zu identifizieren" und "die totale Demoralisierung und präventive Ausschaltung jedes Widerstandes in Deutschland gegen die Pläne des US-Imperialismus zu erreichen...Die militärische Eroberung und Besetzung Westdeutschlands 1945 bedeutete für die Arbeiter, daß nach zwölf Jahren Faschismus, Gestapo und KZ`s ihre Bedürfnisse weiterhin und erneut unterdrückt wurden - jetzt von den >Besitzer-Bajonetten und den Gewehren des Terrors< des US-Imperialismus."

Die RAF stellte sich mit dieser Sicht auf den Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit nicht außerhalb der bundesdeutschen Linken. Auch Rudi Dutschke hatte, unwidersprochen, auf dem "Internationalen Vietnam-Kongreß" im Februar 1968 die US-Truppen in der Bundesrepublik als "amerikanische Besatzungsarmee" bezeichnet und Bernd Rabehl hatte 1967 die marxistische Linke sogar aufgefordert, "Ansätze des Nationalismus weiter(zu)treiben, gerade auf den neuralgischen Punkt, daß Deutschland geteilt wurde durch den Bundesgenossen USA". Die Politisierung vieler Menschen in der APO gegen den Vietnamkrieg in dem die USA als Aggressor wirkte und brutale Kriegsverbrechen beging war eine wichtige Ursache für diese gegen die USA gerichtete Akzentsetzung militanter Politik in Deutschland. "Der Internationalismus der Studentenbewegung bestand im übrigen in alle Regel, was zumeist übersehen wird, darin, den nationalen Kampf eines Landes, das gleichzeitige Ringen um soziale Befreiung und nationale Unabhängigkeit, zu unterstützen. Die fast paradoxe Aufgabe internationaler Solidarität war es also, vor allem nationale Kämpfe zu stärken. Erreicht werden sollte die Beendigung von Fremdherrschaft" erinnert der Historiker Wolfgang Kraushaar in einem Aufsatz über "Rudi Dutschke und die Wiedervereinigung - Zur heimlichen Dialektik von Nationalismus und Internationalismus".

Die RAF, deren Kader sich im Rahmen ihrer Auseinandersetzung mit dem Faschismus auch der Widerstandstradition von Teilen der deutschen Arbeiterbewegung beschäftigt haben, sieht keinen Unterschied zwischen der US-Politik gegenüber den lateinamerikanischen Staaten oder auch Vietnam und der "Fremdherrschaft", die in der Bundesrepublik ausgeübt wird. Umstandslos wird das begriffliche Instrumentarium des Theoretikers des afrikanischen nationalen Befreiungskampfes Frantz Fanon auf die Situation der BRD übertragen: "Der Begriff für die militärische Besetzung eines Landes und die Unterwerfung seiner Bevölkerung mit dem Ziel ihrer Ausbeutung. Kolonisierung ist immer wesentlich charakterisiert durch den Versuch der Besatzungsmacht, die Identität des unterworfenen Volkes zu vernichten, das Bewußtsein seiner historischen Existenz auszulöschen. Kolonisierung ist der Begriff für das, was die US-Besatzungsmacht nach 1945 in Westdeutschland gegen die Arbeiter durchgezogen hat...Die Besatzungsmacht trat der deutschen Bevölkerung in der Reeducation-Kampagne nicht anders gegenüber als kolonialistische Eroberer der autochtonen Bevölkerung eines besetzten Landes in der Dritten Welt." Das Resümee: "Mit dem BRD-Staat produzierte der US-Imperialismus 1945/49 seinen soundsovielten - damals wohl 31. - Bundesstaat".

Auch wenn in dem Text immer mal wieder "die Arbeiter" oder "das Proletariat" als die eigentlichen Unterdrückten ist offensichtlich, daß der antiimperialistische und der nationale Kampf im Verständnis der AutorInnen längst eine unauflösbare Symbiose eingegangen sind. Der antiimperialistische Kurzschuß der 70iger Jahre, bewirkt, daß die Erfahrung der kleinen Nationen des Trikont, deren Kampf man unterstützt, auf die eigenen, deutschen Verhältnisse übertragen werden, weil auch hier, nach dem Einmarsch der Alliierten, keine Revolution stattfand, sondern der Kapitalismus fortgeführt wurde.

Die verharmlosende und verfälschende Analyse des deutschen Nationalsozialismus als lediglich zugespitzter Herrschaftsform des Kapitalismus und ein auf ihre imperialistischen Interessen verengter Blick auf die US-Politik ergänzen und verstärken sich auf fatale Weise. Das Ergebnis ist eine Sicht auf die Situation im Nachkriegs-Deutschland, die in verblüffender Weise der Selbstentlastung der meisten Deutschen damals entspricht, die auch ihre Misere nicht etwa mit dem Krieg und als Folge des von der überwiegenden Mehrheit der Deutschen geduldeten oder sogar unterstützten und entwickelten Nationalsozialismus erklären, sondern als Fehler der Besatzungsmächte interpretieren.

Lutz Tauber, Gefangener aus der RAF, wählt eine sehr Deutschen-freundliche Formulierung, wenn er heute (in einem Aufsatz für den Band "Odranoel") in der Tradition der frühen RAF-Erklärungen schreibt: "Der Bevölkerung war in gewisser Weise bewußt, daß die Nazis ohne die Komplizenschaft der Deutschen Bank und Mercedes-Benz, von IG-Farben und Krupp nie an die Macht gekommen wären, nie ihre Verbrechen hätten begehen können." In "gewisser Weise" mag der Bevölkerung auch bewußt gewesen sein, daß auch sie selbst als Komplizen des Nationalsozialismus gehandelt hat - ein Schuldbewußtsein folgte daraus so wenig, wie die richtigen Konsequenzen. Tauber erwähnt zwar die "über 70 Prozent der hessischen Bevölkerung, die sich in einer Volksabstimmung für die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, sowie staatliche Aufsicht über die Großbanken aussprachen." Daß er die Verantwortung dafür, daß diese Programme nicht umgesetzt wurden umstandslos allein auf das Konto der USA verbucht - "selbstverständlich wischten die USA das Ergebnis vom Tisch" - ist so

falsch, wie in diesem Fall das Ergebnis einer Volksabstimmung als Beweis dafür zu nehmen, daß sich "in der Arbeiterklasse und in der Bevölkerung" wenigstens im Nachhinein ein "Antifaschismus und Antikapitalismus" entwickelt hätte, hätte ihn das Diktat der Siegermächte nicht verhindert.

Die historische Forschung über die Entwicklung Deutschlands in den Nachkriegsjahren kann hier nicht, auch nicht cursorisch, wiedergegeben werden. Eindeutig ist aber, daß es in den USA selbst nach dem Tod von Präsident Roosevelt unter Präsident Truman einen Kurswechsel gegeben hatte, und daß zwischen War Department einerseits und State Department andererseits, sowie innerhalb der OMGUS (Office of Military Government for Germany) und zwischen Teilen des OMGUS und den US-Wirtschaftseliten zum Teil erbitterte Auseinandersetzungen über die Besatzungspolitik gegeben hat. Der Historiker John Gimbel bilanziert in seinem Aufsatz "Amerikanische Besatzungspolitik und deutsche Tradition": "Erfolge traten ein, wenn die Politik der Amerikaner mit der der Deutschen übereinstimmte, Mißerfolge, wenn die Deutschen sich sträubten, nach amerikanischen Wünschen zu handeln".

Unbezweifelbar ist auch, daß der allergrößte Teil der deutschen Bevölkerung nach der Niederlage eher im Sinn hatte sich aus der Geschichte und der Verantwortung für die Verbrechen zu stehlen, von denen er solange es ging profitiert hat. Die OMGUS-Surveys 1945 - 49 ergaben, daß mehr als 70 Prozent der Befragten eine Gesamtverantwortung der Deutschen für den Krieg ablehnten. Kurt Schumacher machte sogar die Alliierten für Hitler mitverantwortlich, denn hätten die Alliierten Hitler so behandelt, wie sie jetzt die Deutschen behandelten, "wäre Hitler niemals eine Gefahr für die Welt geworden." Charakteristisch für die Mentalität im Nachkriegsdeutschland ist auch der von 1946 stammende Bericht von Herman Knüfken, einem anarcho-syndikalistischen Widerstandskämpfer aus der Internationalen Transportarbeiter Föderation, der sich nach dem Krieg für einen Neuaufbau der Gewerkschaften ohne belastete Funktionäre des alten ADGB engagierte: "There is still a very strong Germanic sentiment amongst the workers, which seems to be growing, and unless curtailed now, might result in the adherence of the Workers Group to the old Nazi Organisations, unless the International Organisations get control of the re-building of the German Organisations" (zit. n. Dieter Nelles, Herman Knüfken, in "1999", 3/92).

Es bedurfte nicht, wie die RAF damals und Lutz Taufer heute unterstellt, einer "Kollektivschuld-These", um der Bevölkerung "einen ersten Anlaß (zu bieten), Auschwitz nach 45 so zu verdrängen, wie sie Auschwitz vor vor 45 sorgfältig übersehen, wo nicht begrüßt hatte"(Taufer). Die Verdrängung und später Relativierung der beispiellosen deutschen Verbrechen war eine originär deutsche Leistung, keine "amerikanische Verdrängungslösung" (Taufer). Es gab den Kollektiv-Schuld-Vorwurf schon kurz nach dem Krieg nur noch in der Phantasie derer, die ihm entgegentraten. Der Sympathien für den US-Imperialismus unverdächtige Günther Anders erklärt das so: "In der Zaz führt Ihr Euch so auf, als wenn wir Euch pausenlos den Vorwurf der >Kollektivschuld< entgegenschleuderten. Und das tut Ihr deshalb, weil Ihr den Begriff benötigt...weil Ihr wünscht, die Chance zu haben, ihn abweisen zu können und Euch durch diese Abweisung ins Recht setzen zu können. Gäbe es das Wort nicht, würdet Ihr es erfinden, um es zu bekämpfen." Die RAF brauchte es auch, um ihrem Widerstand gegen den US-Imperialismus eine zusätzliche, nationale Legitimation zu verschaffen und um ihr auf den Kampf zwischen Staat und Eliten

auf der einen, Bevölkerung auf der anderen reduziertes Gesellschaftsmodell zu bewahren. Die Ausblendung der die Gesellschaft insgesamt durchdringenden deutschen Tradition des Mitläufertums, der Suche nach Schuldigen in der Fremde, des Gefühls stets und immer von anderen um den verdienten Wohlstand, um Ruhe und Ordnung betrogen zu werden, ist ein wesentlicher Bestandteil im Weltbild der RAF. Die einzigartigen Verbrechen des Nationalsozialismus werden dadurch, daß sie in eine glatte, alle Besonderheiten einebnende Analyse, in der "das imperialistische System" zum schlimmsten Feind der Menschheit wird, eingepaßt werden, wenn auch unfreiwillig, verharmlost.

"Der Nationalsozialismus war nur die politische und militärische Vorwegnahme des imperialistischen Systems der multinationalen Konzerne" heißt es folgerichtig in der 1972 in Isolationshaft von Ulrike Meinhof verfaßten RAF-Schrift "Die Aktion des Schwarzen September in München/Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes", die die antisemitische Vernichtungspolitik - "raffgierig wie die Kapitalistenklasse nun einmal ist...ging sie das Bündnis mit dem alten absterbenden Kleinbürgertum ein, lud sich dessen irrationalen Antisemitismus auf" - als Nebensächlichkeit abhandelt und gleichzeitig selbst mit schneidendem Tonfall gegen Israel antisemitisch agitiert: "Brandt, Genscher, Merck, Vogel, Daume...hatten nur ein Ziel, nur ja dem Moshe-Dayan-Faschismus - diesem Himmler Israels -in nichts nachzustehen...Israel vergießt Krokodilstränen. Es hat seine Sportler verheizt wie die Nazis die Juden - Brennmaterial für imperialistische Ausrottungspolitik".

Deutsche Politiker müssen ihre Verbrechen israelischen Militärs abgucken, die Vernichtungsöfen werden indessen von Juden betrieben, und von Palästinensern ermordete Sportler sollen Brennmaterial imperialistischer Ausrottungspolitik sein. Die antiimperialistische Solidaritätsadresse gerät zum politischen Offenbarungseid: Angesichts der Geiselnahme und Ermordung der israelischen Sportler in Deutschland nationalsozialistischen Völkermord und israelische Politik gleichzusetzen, Moshe Dayan als Heinrich Himmler Israels zu denunzieren ist eine schwer zu überbietende deutsche Verdrängungsleistung. Die damit verbundene Verwirrung der Begriffe und, indem die Geiselnahme von Israelis als antifaschistische Tat gelobt wird, Umwertung linker Werte, verhindert auch die Wahrnehmung deutscher Wirklichkeit, in der sich längst wieder antisemitische Tendenzen zeigen, und die nationalistische Rechte unter Führung von Franz Josef Strauß danach drängt zu zeigen, daß sie, anders als die RAF meint, durchaus mehr und anderes kann, "als Genossen abknallen" (bei der Fahndung nach RAF-Mitgliedern sind bis dahin Petra Schelm, Thomas Weißbecker, Georg von Rauch und Ian McLeod von polizeilichen Sonderkommandos erschossen worden).

Der Ursprung für diese desolante Entwicklung, die ab 1972 ausgerechnet eine Gruppe, die aus der Studentenbewegung kam, deren Politisierung sich gegen die Verlängerung der nationalsozialistischen Geschichte in die deutsche Gegenwart richtete, zu den radikalsten Verharmlosern der deutschen Verbrechen werden läßt, liegt bereits im "Konzept Stadtguerilla": "Der sozialistische Teil der Studentenbewegung nahm...sein Selbstbewußtsein aus der richtigen Erkenntnis, daß >die revolutionäre Initiative im Westen auf die Krise des globalen Gleichgewichts und auf das Heranreifen neuer Kräfte in allen Ländern vertrauen kann< (These 55 von il manifesto). Sie machten zum Inhalt ihrer Agitation und Propaganda das, worauf man sich angesichts der deutschen Verhältnisse hauptsächlich berufen konnte: daß gegenüber der Globalstrategie des Imperialismus die Perspektive nationaler Kämpfe internationalistisch zu sein hat,

daß erst die Verbindung nationaler Inhalte mit internationalen, traditioneller Kampfformen mit internationalistischen revolutionäre Initiative stabilisieren kann. Sie machten ihre Schwäche zur Stärke, weil sie erkannt hatten, daß nur so erneute Resignation, provinzialistische Abkapselung, Reformismus, Volksfrontstrategie, Integration verhindert werden können - die Sackgassen sozialistischer Politik unter post- und präfaschistischen Bedingungen, wie sie in der Bundesrepublik und Westberlin bestehen."

Die "post- und präfaschistischen Bedingungen" in der Bundesrepublik und Westberlin wurden also nicht in den Mittelpunkt der eigenen Politik gestellt, nicht sie zu beseitigen wurde zur Voraussetzung für die Entfaltung eines revolutionären Kampfes genommen, die Internationalisierung des Engagements, das "Vertrauen in das Heranreifen neuer Kräfte in allen Ländern" sollten aus der Sackgasse führen, die durch die objektive Situation in der BRD, bestand. Daß dabei "nationale Kämpfe" und "nationale Inhalte" die Basis abgaben, der Internationalismus nicht als Zerstörung des Nationalismus verstanden wurde, sondern ihm die Perspektive vorgeben sollte, erwies sich als zweiter fataler Fehler.

Internationalismus, Antiimperialismus sollten die eigene "Schwäche in Stärke" verwandeln und waren damit von vornherein eine Fluchtbewegung vor den Verhältnissen im eigenen Land, die nicht mehr darauf hin untersucht wurde, inwieweit sie sich grundsätzlich von der Situation in den lateinamerikanischen, asiatischen oder afrikanischen Staaten unterscheidet. Im Zentrum stand die verzweifelte Suche nach Identifikationsmöglichkeiten -was dazu führte, daß auch unbedeutende Widersprüche zwischen Regierten und Regierenden, sogar das Ausbleiben von "worst case scenarios" zu Ansatzpunkten für revolutionäre Initiative zurechtinterpretiert wurden. Im Abschnitt "Die Dialektik von Revolution und Konterrevolution" zog die RAF gegen die Kritiker des bewaffneten Kampfes (deren Kritik deswegen nicht unbedingt berechtigt war) zu Felde: "Sie sehen in dem Bullen mit der MP nur den Bullen mit der MP, nicht das Ausbleiben faschistischer Massenaufmärsche; sie sehen in dem Terror gegen uns nur den Terror, nicht die Angst vor der sozialen Explosion, die sie >im Keim ersticken< müssen...sie sehen in der hohen Selbstmordquote des Proletariats nur den Akt der Verzweiflung nicht den Protest. Sie sehen in unserer Isolierung von den Massen nur unsere Isolierung von den Massen, nicht die wahnwitzigen Anstrengungen, die das System unternimmt, um uns von den Massen zu isolieren."

Zwölf Jahre später, Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Jan Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Ingrid Schubert sind unter bis heute nicht restlos aufgeklärten, eher gegen als für Selbstmord sprechenden Umständen in bundesdeutschen Gefängnissen gestorben, Holger Meins und Sigurd Debus sind während der Zwangsernährung im Verlauf von Hungerstreiks und durch deren medizinische fragwürdige Durchführung zu Tode gekommen, veröffentlicht die RAF erneut einen grundlegenden Text, das sogenannte Mai-Papier, mit dem das Konzept der "Antiimperialistischen Front" propagiert werden soll. Zwar wird in der Einleitung festgestellt "nach 77 war nichts mehr wie vorher. Der Staat nicht, die Linke nicht, die Rolle der BRD in der internationalen Politik nicht", wer neugierig geworden sein sollte wird aber enttäuscht. Tatsächlich klingt alles, wenn auch mit anderen Worten, aber wie vorher. "Steil ansteigende Selbstmorde" sind zwar nicht mehr ein Ausdruck des Protestes, sondern des Hasses, die BRD ist zwar mittlerweile zum Kernstaat in Europa avanciert, aber die SPD ist nach wie vor der

lange Arm der USA, die Konservativen sind bedeutungslose Spinner und nach wie vor "kann das nationale Kapital gegenüber der hegemonialen, der amerikanischen Linie keine eigene Politik formulieren...wenn man nicht die provinziell-bornierten Varianten Kohls, Albrechts usw. oder das Grand Design von Strauss, aus dem seit über 20 Jahren nichts wird, dafür halten will".

Verändert hat sich allerdings die Zusammensetzung der Gruppe: Einige sind in der DDR abgetaucht, andere sind verhaftet. Die Neuzusammensetzung der RAF geht soweit, daß, wie sie im August-Papier 1992 mitteilt, nach 1984 niemand mehr dabei ist, der das Mai-Papier 1982 mitverfaßt hat. Verändert hat sich auch die Einschätzung der internationalen Lage. Michi Dietiker, Bernhard Rosenkötter und Ali Jansen, Gefangene aus dem Widerstand, fassen das in ihrem Text "Über das Schleifen von Messerrücken" zusammen: "Die Vorstellung einer auf Messers Schneide stehenden >Instabilität des imperialistischen systems< wurde von der RAF erst 1982 im sogenannten Mai-Papier zu einer grundlegenden und strategiebestimmenden Einschätzung erklärt."

Alles was in der bundesdeutschen Gesellschaft tatsächlich anders geworden ist findet im Mai-Papier nichteinmal Erwähnung: Massenarbeitslosigkeit, die Krise der sozialdemokratischen Regierungspolitik, Stimmengewinne für die CDU/CSU, die Parlamentarisierung der einstmals außerparlamentarischen Opposition, der Wechsel vom antimilitaristischen zum ökologischen Paradigma in der Anti-AKW-Bewegung, das nationale Erwachen der Friedensbewegung (ausführlicher dazu: Oliver Tolmein/Detlef zum Winkel, nix gerafft - Zehn Jahre Deutscher Herbst und der Konservatismus der Linken).

Was sich beim fehlgeschlagenen Attentat des Kommandos Andreas Baader 1979 auf den NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig und 1981 bei den Angriffen auf das Hauptquartier der US-Air Force in Ramstein und später auf den US-General Kroesen andeutete, wird von der RAF 1982 mit dürren Worten festgeschrieben: Nichteinmal der Deutsche Herbst, die innere Mobilmachung der Deutschen und ihre bedingungslose Bereitschaft die Diktatur des Krisenstabs als ihre Demokratie zu loben, die freiwillige Selbst-Ausschaltung der kritischen Öffentlichkeit und die Gnadenlosigkeit der Verantwortlichen, selbst einem der Ihren wie dem früheren SS-Offizier Hanns-Martin Schleyer gegenüber, der erste bundesdeutsche Truppeneinsatz, der der GSG 9 in Mogadischu, haben die RAF ihre Sichtweise auf Deutschland als US-Kolonie, als besetztes Land revidieren und seine kaum gebändigte, ganz eigenen Interessen folgende Aggressivität erkennen lassen.

Zwar wird im Mai-Papier am Ende eingeräumt, in Stammheim und Mogadischu sei "der offen reaktionär auftretende imperialistische Staat, der den Vergleich mit seiner faschistischen Vergangenheit nicht mehr scheute, sondern feierte" aufgetreten - angesichts des Faschismus-Begriffes der RAF heißt das allerdings wenig und hat tatsächlich auch keine Konsequenzen auf den Hauptteil des Papiers oder gar die Ausrichtung des für die Achtziger Jahre als Strategie entwickelten Front-Konzeptes, das darauf zielt die vermeintlich günstige Gelegenheit daß der "US-Imperialismus...in seiner historischen Krise, in der es seit 40 Jahren zum ersten Mal um seinen Existenz geht" aufzugreifen. Die Einschätzung, daß das "imperialistische system" als Ganzes auf Messers Schneide stehe, erweist sich so als antiimperialistisches Pendant zum Katastrophismus der Ökologie- und dem zusehends auf den "nuklearen Holocaust" fixierten Blick der Friedens-Bewegung.

Was seit "Stadtguerilla und Klassenkampf" ohnedies nicht mehr getan wurde, "die inneren Veränderungen hier im Einzelnen zu analysieren" (Mai-Papier) wird jetzt auch programmatisch für unnötig befunden: "Wir stellen einfach fest: Fundamentalopposition ist mit diesem System wie nie zuvor grundsätzlich fertig." - "Damit waren dem Front-Konzept von vornherein die Grenzen gesetzt an denen es auflaufen mußte" konstatieren 1992 Michi Dietiker, Ali Jansen und Bernhard Rosenkötter in "Über das Schleifen von Messerrücken", können der Politik der Guerilla aber auch einen positiven Aspekt abgewinnen: "Trotzdem hat sich auf dieser Grundlage in den 80iger Jahren breiter Widerstand entwickelt, Ansätze zu einer revolutionären Bewegung wie in keinem anderen europäischen Land zu dieser Zeit. Eine Entwicklung, die ohne den Kampf der Guerilla so sicher nicht stattgefunden hätte. Trotz der Fehler in der Analyse, der fehlenden wirklichen Verankerung, war der Kampf der RAF eine wichtige Orientierung für viele: Die Existenz einer grundlegenden und unversöhnlichen Opposition in einem System, das alle Veränderungsimpulse, alle Subkulturen so umfassend aufschluckt...umbiegt oder abblockt."

Wenigstens aus heutiger Sicht wäre zu fragen, ob die (relative) Breite der Protestbewegung in den Achtziger Jahren, die bei allen unversöhnlichen Unterschieden, die es zwischen den einzelnen Teilbereichsbewegungen und den politischen Grundströmungen gegeben, nicht zu einem wesentlichen Teil darauf zurückzuführen sind, daß es in Deutschland einen gemeinsamen Feind gab, den die Linke in anderen europäischen Ländern so nicht hatte: Die USA. Ob also auch der linksradikale Widerstand seine Mobilisierungsfähigkeit nicht zu einem wesentlichen, wenngleich unbewußten Teil aus nationalen Quellen speiste - und auch deswegen heute, da Deutschland wieder deutsch ist, in Ermangelung eines zugkräftigen und gleichzeitig außerhalb zu verortenden Feindbildes seine Orientierung verloren und Stärke eingebüßt hat.

Der Antiimperialismus der RAF, der auch ihre Aktionen bestimmt, hat jedenfalls, aus den Bekennerschreibern läßt sich das ohne große Mühe herauslesen, einen national-revolutionären Unterton. Insofern ist sie z.B. der Friedensbewegung in ihren Zielen, der Souveränität Deutschlands, näher als es den Anschein hat. Der bewaffnete Kampf ist in seinen Mittel zwar kompromißlos und insofern propagandistischer Gegner Nr. 1 der BRD, tatsächlich ist die Opposition aber nicht grundlegend - weil sie an den Grundlagen der Politik seit der "Wende", dem Versuch Deutschland "aus Hitlers Schatten treten" zu lassen, ein Nationalbewußtsein zu rekonstituieren und die letzten von den Siegermächten durchgesetzten politischen Beschränkungen abzuschütteln, gar nicht rührt, sie nicht einmal wahrnimmt.

Die RAF schreibt in ihrem Papier vom August 1992 zwar, ab 1984 habe sie die "Angriffsrichtung" verändert: "es wurde damals immer deutlicher, daß Westeuropa mit der BRD an der Spitze zur Weltmacht aufsteigen wird". Tatsächlich werden ab 1985 mit dem MTU-Manager Ernst Zimmermann, dem Vertrauten des Außenministers Gerold von Braunmühl und dem Siemens-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Beckurts Vertreter der deutschen politischen und ökonomischen Elite Opfer der Attentate (den Anschlag auf die US-Air-Base und die Ermordung des GIs Edward Pimental wertet die RAF selbst im Nachhinein als Ausnahme und schweren Fehler). Die harte Haltung gegenüber den Gefangenen wird aber weiterhin wie bisher als "die US-Linie" qualifiziert (in der auf den 2. Februar 1985 datierten Aufforderung an die Hungerstreikenden, den Streik zu beenden) - gerade so als ob der traditionsreiche deutsche Sicherheitsapparat

nicht selbst über ein ausreichendes Reservoir an Erfahrung, wie der politische Gegner niederzuhalten, zu foltern und zu vernichten wäre, verfügte.

Im Aufstieg der BRD und Westeuropas wird auch nicht die Gefahr einer späten Realisierung deutscher Großraum-Pläne gesehen, so wenig, wie er als Resultat der Auseinandersetzung konkurrierender imperialistischer Staaten verstanden wird. Die USA bleiben in dieser Sicht die Führungsmacht, die schematische Vorstellung vom "imperialistischen Weltsystem" prägt weiterhin das Denken. Der Hegemonie-Verlust der USA resultiert im Verständnis der RAF, so formuliert im Bekennerschreiben nach dem Anschlag auf Karl-Heinz Beckurts, "aus der (internationalen, Anm. O.T.) Dialektik der Klassenkämpfe und der Zuspitzung des Elends, der Widersprüche gegen Völkermord, Hunger und Zerstörung menschlicher Substanz in der imperialistischen Lebensrealität".

Im Bekennerschreiben zum Anschlag auf den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank Alfred Herrhausen wird, ein Novum in der Geschichte der RAF, der US-Imperialismus nicht einmal erwähnt - allerdings wird auch nicht daran erinnert, daß es das "Office of Military Government for Germany, United States Finance Division" war, das nach der Niederschlagung des Nationalsozialismus die Liquidierung der Deutschen Bank gefordert hat. Die Chance jetzt, im Angesicht der Entwicklung eines sich zur alten Größe befreienden Deutschlands, die eigene überkommene Version von der Besetzung Deutschlands durch die USA zu korrigieren, festzustellen, daß das Engagement der "unmilitärischen Captains aus dem Finanzministerium Morgenthau" die "bankpolitische Restauration für Jahre in eine Warteposition abgedrängt (hatte) und damit wenigstens eine Fraktion des OMGUS verhindert eine "bruchlose Kontinuität" verhindert hatte (K.H.Roth im Nachwort zum OMGUS-Bericht über die Deutsche Bank) wurde nicht genutzt.

Herrhausen wurde "hingerichtet", weil seine "Pläne gegen den Länder im Trikont...die Leiden der Völker (verlängern und verschärfen)" und weil unter seiner regie die "Deutsche Bank (sich) zur europaweit größten Bank aufgeschwungen (hat). Sie hat ihr Netz über ganz Europa geworfen und steht an der Spitze der faschistischen Kapitalstruktur, gegen die sich jeder Widerstand durchsetzen muß". Noch deutlicher wird die Position der RAF zum neuen Deutschland nach dem mißglückten Anschlag auf den Staatssekretär im Innenministerium Hans Neusel, der im diesmal ausführlicheren Bekennerschreiben in einer knappen Bemerkung als Mitverantwortlicher für die "menschenverachtende Flüchtlingspolitik" benannt wird, der "wenn auch indirekt die personelle Kontinuität des deutschen Faschismus vom 3. Reich zum >Großdeutschland<, das auf das 4.Reich zusteuert (verkörpert)": Nun läßt sich eine personelle Kontinuität nicht indirekt verkörpern - es wäre dann eine politische Kontinuität, die zu behaupten sich die RAF aber zu vorsichtig ist. Deswegen schreibt die Gruppenricht vom 4.Reich, sondern vom 4.Reich auf das "zugesteuert wird". Andere Gruppen und Leute aus dem autonomen, antiimperialistischen und kommunistischen Spektrum lehnen den Begriff 4. Reich unabhängig von der RAF sogar ganz ab. Nun ist Zurückhaltung bei Faschismus-Analogien angebracht (wenngleich der Begriff "4.Reich" ja gerade die deutsche Kontinuität vom 1. über das 2. und das 3. Reich deutlich macht, also auf die Restauration verweist und keineswegs die Identität von wiedervereinigtem und nationalsozialistischem Deutschland behauptet).

Eigentümlich mutet aber an, daß gerade die, die in früheren Jahren so großzügig mit dem Etikett Faschismus umgegangen sind, gerade jetzt so ängstlich bemüht

scheinen sich auf keinen Fall zu weit vorzuwagen. "Der dritte Überfall, den das deutsche Kapital in diesem Jahrhundert auf die Völker Europas führt, wird nicht mit militärischen Mitteln, sondern mit Mitteln der Wirtschaft und Politik geführt...Es werden diesmal nicht Millionen Tote und ausgelöschte Dörfer sein, sondern Millionen entwürdigte und unterdrückte Menschen, die an der Zerstörung ihrer Lebensstrukturen und menschlichen Beziehungen verzweifeln und innerlich - in ihrer Seele - zugrundegehen sollen." Wer hätte an verzweifelten und seelisch zugrundegegangenen Menschen, die damit nicht mehr produktiv sind, aber dafür als Kostenfaktoren ins Gewicht fallen, ein Interesse?

Die RAF scheut die Konsequenzen ihrer Erkenntnis: War sie angesichts der Mittelstreckenstationierung in der BRD schnell dabei vor "fünf Millionen Toten bei uns" zu warnen, befürchtet sie jetzt, da diskutiert wird, wie die Bundeswehr wieder kriegsfähig gemacht werden könnte, nicht den Tod von Millionen: Die ja auch nicht "Tote bei uns" wären, sondern wieder Opfer einer deutschen Soldateska. "Entwürdigten Menschen" dagegen gibt es hier wie dort. Den dritten Überfall, der dann auch echte Tote, blutiges Gemetzel und hingeschlachtete Menschen zur Folge hätte (warum auch nicht), würde, das weiß auch die RAF, sowenig vom "deutschen Kapital" allein verübt werden würde, wie die ersten beiden: Denn die deutschen Industriellen tragen zwar tatsächlich eine erhebliche Verantwortung für den Nationalsozialismus und dessen Politik, der erste und zweite Weltkrieg wurden aber keineswegs von ihr alleine geführt: eine kriegsbegeisterte deutsche Bevölkerung im ersten Weltkrieg, eine siegeswillige Armee im zweiten, die planerische Intelligenz, die ihre Großraum-Planspiele in die Realität umsetzen wollte, etliche Berufs- und Bevölkerungsgruppen, die bereitwillig bis begeistert jeweils von einzelnen Erfolgen des nationalsozialistischen Deutschlands profitierten und sich dafür an allen seinen Verbrechen beteiligten...Der Gegensatz, zwischen "deutschem Kapital" und den "Völkern Europas" der so aufgebaut wird, sagt wenig über das deutsche Kapital, die ersten beiden Weltkriege oder den Nationalsozialismus und die Gegenwart aus, aber viel über das starre Weltbild der RAF: Das Kapital gegen die Völker Europas, hier das kalte Geld und die böse Macht, dort das menschliche Leben.

Stimmig ist das so wenig, wie die Beschreibung des Jugoslawien-Krieges, der ersten machtvollen außenpolitischen Intervention Groß-Deutschlands, als "Aufteilungskampf um Ressourcen, der Konkurrenzkampf um eine Chance für die Anbindung an den kapitalistischen Weltmarkt, (der) zum blutigen Nationalitätenkrieg eskaliert (ist)." (August-Papier 1992)

Gerade für eine Gruppe, der der Befreiungskampf der Völker ein zentrales Anliegen ist, wäre es notwendig, die dem nationalen Bewußtsein innewohnende Aggression zu untersuchen, zu fragen, wie denn die Eskalation vom Kampf um die Weltmarktanbindung zum Nationalitätenkrieg möglich sein kann. Am Beispiel Jugoslawiens ist aber schon die Beschreibung der Ausgangs-Situation falsch: Der Konflikt zwischen Kroaten, Serben und Albanern war von vornherein nationalistisch bestimmt und keiner ökonomischen Logik untergeordnet. Es geht in den Auseinandersetzungen auch nicht um die Weltmarktanbindung, sondern z.B. um die Teilhabe an der Formierung Mitteleuropas durch Kroatien. Ein Krieg, der zunehmend von marodierenden Söldnerhaufen geführt wird, in dem Neonazis Legionen bilden, "ethnische Säuberungen" und Internierungslager auf allen Seiten existieren, läßt sich nicht einfach in den schematisierten ökonomischen Kategorien erfassen.

Auch das Interesse des deutschen Staates an dem Konflikt - "(er) will aus diesem Krieg die Rechtfertigung für militärische Einsätze der Bundeswehr ziehen" - ist zwar richtig, aber unzulänglich beschrieben. Die Bundesrepublik, die in diesem Konflikt gegen den erklärten Willen der USA und einiger EG-Mitgliedstaaten forcierend gewirkt hat, hat die Auseinandersetzung innerhalb der Bündnisse NATO und EG geprobt, sie versucht die Position der deutsch-dominierten WEU gegen die NATO zu stärken und beginnt damit die Kräfteverhältnisse in Europa weiter so zu ihren Gunsten zu verschieben, daß langfristig eine Abkoppelung von den USA möglich erscheint. Es stimmt also eigentlich, wenn die RAF schreibt: "Die Politik der EG wie auch der NATO gegenüber diesem Krieg hat selbst für sie nicht mehr die Qualität einer Krisenbewältigung" - falsch ist nur das "mehr": Auf dem Balkan tobt kein außer Kontrolle geratener Krieg, der als Krise zu bewältigen werden, die Auseinandersetzungen dort sind Teil einer sich abzeichnenden innerimperialistischen Konfrontation - und zeigen eine Bundesrepublik Deutschland, die mit Kroatien einen offen faschistisch sich organisierenden Staat zum Verbündeten auserkoren hat.

Auch der ins August-Papier der RAF eingefügte Verweis auf den Golf-Krieg, der in gewisser Weise als Vorläufer des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien dargestellt wird, anders zu als die RAF es glauben machen will. In beiden Fällen geht es für Deutschland weit mehr um die doppelte Entlastung von der eigenen Geschichte, als um den eigenen Anteil an der direkten Intervention: Der Nationalsozialismus wird durch beharrliches Gleichsetzen überall verortet (nur nicht in Deutschland) - gleichzeitig fallen im Inneren die letzten Beschränkungen und werden alte Großmacht-Pläne modernisiert und damit diskutabel.

Der RAF zielt allerdings auf etwas anderes: Zwar wird in dem Bekennerschreiben zur Aktion der "Konkurrenzkampf der imperialistischen Kern-Staaten" immerhin erwähnt, der BRD sogar, zu recht, unterstellt "Groß-Deutschland (will) endlich wieder freie Hand für die militärische Unterwerfung und Ausplünderung der Völker schaffen", der Anschlag selbst richtet sich aber, wie selbstverständlich, gegen die USA. Verantwortlich gemacht für den Krieg wird "das imperialistische System" und im August-Papier ist ebenfalls wieder nur von der "one world des Kapitals" die Rede. Passend zu dieser Imperialismus-Moloch-Theorie formuliert das Bekennerschreiben (im Widerspruch zu sich selbst): "Diesem System ist jeder Hitler, Shamir, Özal, Pinochet, Cristiani und wie sie alle heißen, ein Freund, solange er - egal mit welchen Mitteln - die Interessen des internationalen Kapitals durchsetzt." Daß direkt auf Hitler folgend der damalige israelische Staatschef Shamir genannt wird, daß die Angriffe mit deutschem Giftgas auf Israel unerwähnt bleiben - das ist die charakteristische Verdrängungsleistung, die es auch möglich macht zu behaupten, daß "all die als Rassisten und Antisemitisten (Wortlaut im Orginal, O.T.) denunziert werden, die gegen diesen Völkermord aufgestanden sind". Daß der Antisemitismus-Vorwurf keineswegs nur von Staatsseite oder aus dem Lager der KriegsbefürworterInnen erhoben wird, schert die RAF nicht - und auch heute, nachdem selbst Teile der RZ, sich selbstkritisch zur militanten Praxis und Rhetorik der deutschen Linken gegenüber Juden und Israel geäußert haben bleibt die RAF in dieser, übrigens nicht nur für die deutsche Linke, entscheidenden Frage borniert, wie zu ihren Anfangszeiten.

Ähnlich wie in ihren Bemerkungen zum jugoslawischen Bürgerkrieg, zeichnet die RAF in ihrem Bekennerschreiben zur Golfkriegs-Aktion auch im übrigen ein Bild, das keine Übergänge, verschwommenen Konturen und ineinandergreifende Formen kennt, sondern nur klar umrissene Blöcke. Daß der irakische Staat

"einen Ausrottungsfeldzug gegen die Kurden geführt (hat)" wird zwar bemerkt, auf die aktuelle Analyse hat das aber keinen Einfluß. Daß dieser Krieg kein "Völkermord" war, daß am ehesten noch die Massaker des irakischen Regimes am Ende des Kriegs (die von den Alliierten hingenommen wurden) diese Bezeichnung verdienen - das wird nicht einmal heute, im August-Papier 1992 eingestanden.

Stattdessen wird das Engagement der Friedensinitiativen, gerade so als habe sich das kontinuierlich gehalten und sei nicht recht bald abgebröckelt, insgesamt als großer Erfolg bewertet (auch damit steht die RAF allerdings keineswegs allein, siehe "Herr P. und die Bombe" S.50f.), der "den Herrschenden" signalisiert habe "daß 100.000ende hier nicht bereit sein werden eine zukünftige militärische Interventionspolitik zu tragen."(August-Papier 1992) -eine Behauptung, die gewichtiger klingt als sie ist, denn "nicht tragen" ist bestenfalls ein politisches Minimalprogramm, vom entschiedenen Protest oder gar effizientem Widerstand weit entfernt, und auch die "100.000e", sind ja alles andere, als eine massenhafte Opposition, die Zustimmung eines solch verschwindend kleinen Teils der Bevölkerung zur militärischen Interventionspolitik ist ziemlich entbehrlich ist, so lange die anderen mittlerweile etwa 79 Millionen Bundesbürger sie bereitwillig akzeptieren - was sie, wie sich angesichts des ausbleibenden Protests oder gar Widerstand gegen die Entsendung der Bundeswehr-Truppen nach Kambodscha und der Zerstörer in die Adria gezeigt hat, offensichtlich tun.

Der schiefe Blick auf das Engagement der Bundesrepublik Deutschland im Ausland und den vorstellbaren Widerstand dagegen resultiert aus einer Analyse der Wiedervereinigung, die die Bewohner der DDR zu ihrem eigenen Besten als unmündig darstellt. Die Restauration Deutschlands wird, im Bekennerschreiben zum Attentat auf den Treuhandchef Detlev Karsten Rohwedder Anfang April 1991, wie in vielen linksradikalen Kreisen üblich, als "Annektion der DDR" beschrieben, seitdem sei "die Ex-DDR faktisch Kolonie der Bundesrepublik ... Land und Leute (soll) die Struktur aufgezwungen werden, die das internationale Kapital für seine Herrschaft braucht". Die Analogie zur RAF-Darstellung der Kolonisierung Deutschlands 1945 durch die Besatzungsmacht USA ist, wengleich von der RAF wahrscheinlich nicht beabsichtigt, offensichtlich. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Verhältnisse in der DDR mit denen im nationalsozialistischen Groß-Deutschland in irgendeiner Weise gleichzusetzen wären, so wenig, wie die insgesamt zumindest zeitweilig zivilisierende Auswirkung der Besetzung Deutschlands durch die US-Army (und selbstverständlich auch die Rote Armee) mit den Folgen der Restauration kapitalistischer Verhältnisse in der Ex-DDR durch das Zusammenspiel (fast) aller gesellschaftlichen Kräfte Groß-Deutschlands gleichgesetzt werden kann. Deutlich wird dadurch im Gegenteil, wie durch eine schematische Darstellung der Geschichte, in der die Bevölkerung immer nur als Opfer erscheint, alle Unterschiede verwischen, analytische Kategorien unbrauchbar und moralische Wertungen zweideutig werden.

Besonders offensichtlich wird das in den Versuchen der RAF, den offenen Rassismus weiter Teile der Bevölkerung, der seit der Wiedervereinigung durch Anschläge und Überfällen die regierungsoffizielle Ausländerpolitik ergänzt, zu erklären und zu bewerten. Nicht nur daß der Rassismus im Bekennerschreiben zum Rohwedder-Anschlag in dem er als "offen ausgebrochen" beschrieben wird, zu einer Krankheit mutiert. Als eine Quelle wird, getreu der bundesdeutschen antikommunistischen Doktrin, ausgemacht, "daß in der Zeit des SED-Staates Solidarität und Gleichberechtigung von Frauen staatlich verordnet war." Für den

westlichen Teil gilt hingegen: "Auf der anderen Seite ist Rassismus und Frauenunterdrückung im kapitalistischen System nicht wegzudenken. Es war und ist die staatliche Politik, die Nationalismus wieder salonfähig gemacht hat". Der Staatsapparat kann aber nur etwas "salonfähig" machen, was bis dahin nicht im Salon, sondern z.B. auf der Straße vorhanden ist, ein Ressentiment wird nicht konstruiert oder beschlossen, sondern bestenfalls geweckt - in Deutschland bei den Deutschen erweist sich das als leichte Aufgabe.

Wie dem deutschen Rassismus und Nationalismus zu begegnen ist, ist für linksradikale Politik seit einigen Jahrzehnten die schwierigste, bislang nicht erfolgreich beantwortete Frage. Die bisherigen Versuche jedenfalls, die im wesentlichen darin bestanden, das Volk als Verführte zu behandeln, die nicht wissen was sie tun, die kommunistische Politik darauf auszurichten, sie bloß nicht zu verschrecken und deswegen auf ihren niedrigen Bewußtseinsstand erstmal Rücksicht zu nehmen, hat sich als fatal erwiesen: Letztenendes hat sie statt die Bevölkerung zur Emanzipation zu bekehren Ressentiment und Nationalismus auch in der linken Politik durchsetzungsfähig gemacht.

Im Rohwedder-Bekennerschreiben formuliert die RAF einen anderen Ansatz: "Wir begreifen unsere Aktion gegen einen der Architekten Großdeutschlands auch als Aktion, die diese reaktionäre Entwicklung an einer Wurzel trifft. Es ist klar und gerade an der deutschen Geschichte bis zum 3. Reich deutlich, daß Verarmung, Verelendung und Massenarbeitslosigkeit nicht von alleine zu einer Mobilisierung für menschliche Ziele und gegen die Herrschenden führen." Das ist ein wichtiger, aber noch inkonsequenter Abschied von der Theorie, die von einer zwangsläufigen Verknüpfung von Verelendung und revolutionärem Engagement ausgeht. Trotzdem müssen die Verhältnisse, wie die RAF sie darstellt, auf die Füße gestellt werden: Verarmung, Verelendung und Massenarbeitslosigkeit führen nicht nur nicht "von alleine" nicht zu einer Mobilisierung für menschliche Ziele, von alleine führen sie sehr viel eher in die Barbarei -wobei fragwürdig auch an dieser Feststellung die Qualifizierung "von alleine" ist: Denn Massenarbeitslosigkeit, Verelendung und Verarmung sind nicht "von alleine", bleiben nicht von alleine und führen deswegen auch nicht von alleine irgendwohin. Richtig wäre festzustellen: Gelingt es nicht gegen die Politik, die in die ökonomische Misere für den größten Teil der Bevölkerung führt, eine starke emanzipatorische Gegenkraft zu entwickeln, verwandelt sich in engem Zusammenhang damit auch die Gesellschaft in eine barbarische.

Auf die deutschen Verhältnisse 1992 läßt sich aber auch dieser auf die Füße gestellte Leitsatz nur eingeschränkt anwenden: Zwar prägt unbezweifelbar Massenarbeitslosigkeit die Situation in der Bundesrepublik (in den ehemals die DDR bildenden Ländern noch massiver als im Westen), von Verelendung läßt sich seriös und angesichts der Verhältnisse in den östlichen und südlichen Nachbarstaaten nicht reden. Das Anwachsen rassistisch motivierter Gewaltakte, das Aufkommen der vor allem Alte und Behinderte bedrohenden "Euthanasie"-Debatte, die Attacken gegen die Selbstbestimmungsrechte der Frauen sind auch nur teilweise in Zusammenhang mit der sich verschärfenden ökonomischen Situation zu bringen. Zumal als Gewalttäter nicht die in Erscheinung treten, denen es hierzulande am schlechtesten geht, arbeitslosen Frauen, Flüchtlingen oder in Werkstätten gezwungene Behinderte, sondern zumeist junge Männer, die Ausbildungsstellen oder Arbeit haben.

Tatsächlich bewirken also noch andere, weniger präzise bestimmbare, gleichwohl aber für die Entwicklung von Gegenstrategien wesentliche Faktoren die Eskalation der Gewalt: Der Wille zum Wohlstand, die Sehnsucht nach starker Gemeinschaft und klarer Ordnung, der Ekel vor dem Elend anderer, das Ressentiment gegen Fremde.

Eine Aktion gegen einen der Architekten Groß-Deutschlands zielt mithin nicht auf die Wurzel dieser "reaktionären Entwicklung", die sich keinesweges von oben diktiert werden muß (wenngleich sie auch auf Regierungs- und Wirtschaftsführerebene ihre Entsprechung hat), sondern lenkt den Blick in die falsche Richtung - selbst die von der RAF im August-Papier behauptete "emotionale Nähe" der Aktion zu den "vielen, (die) sich über diese Aktion gefreut haben" muß in Frage gestellt werden: Es war wahrscheinlich nicht die erleichterte Freude, die jetzt einen Weg freigemacht sieht, der ins Offene führt - wahrscheinlich eher die Schadenfreude darüber, daß es "die da oben" auch mal trifft, eine Schadenfreude, die nicht nur deswegen kein emanzipatorisches Engagement vorangetrieben hat, weil die Erfahrungen zwischen Ost und West so unterschiedlich sind, sondern auch weil die Stimmung, die bei vielen angesprochen wird, an sich eine rohe ist - wem es nicht gut geht, warum solls "denen" besser gehen: Einen Unterschied zwischen Rohwedder und dem Asylanten, auf den einer Wut hat, weil der ohne zu arbeiten Sozialhilfe kassiert, gibt es in dieser Bewußtlosigkeit nicht - es sei denn, daß man, insgeheim den Unterschied kennend, mit dem lebendigen Rohwedder doch tauschen würde, nicht aber mit dem Flüchtling.

Die wirkliche Schwierigkeit, mit der alle linken Fraktionen derzeit konfrontiert sind, ist daß die gesellschaftliche Basis für die Entwicklung einer emanzipatorischen Kraft derzeit weitgehend zerstört scheint und die traditionellen Vorstellungen, wie eine linke Mobilisierung zu erreichen wäre, sich als überkommen erwiesen haben.

Die "sozialen Aneignungsprozesse", die die RAF in ihrem August-Papier als Ansatzpunkt nennt, sind dagegen schwach entwickelt und es erscheint zweifelhaft, inwieweit sie tatsächlich für die Herausbildung einer neuen Kraft taugen. Das Beispiel des Protestes in der Hamburger Stresemannstrasse, wo, nachdem ein Mädchen von einem Laster überfahren wurde, über mehrere Tage Blockaden stattfanden, bis eine Busspur eingerichtet und Tempo 30 eingeführt wurde, macht eher die Grenzen dieses Ansatzes deutlich. "Wenn sich die Leute gegen die ständig anwachsenden Verkehr zur Wehr setzen...stoßen sie darauf, daß die kapitalistische Organisation mit der Ausrichtung auf Profit kaum einen Raum für sie läßt. Die Frage liegt auf der Hand für wessen Interesse der Transportverkehr ins Unermeßlich steigt..." Tatsächlich mögen Menschen dort auf diese Frage gestoßen sein -tatsächlich ist der Protest gegen den Verkehr in der Stresemannstrasse nach einiger Zeit zum ohnmächtigen Ritual erstarrt und schließlich aufgegeben worden. Eine Erfahrung, die schon bei sehr viel größeren, aus unmittelbarer Betroffenheit von AnwohnerInnen erwachsenden Bewegungen, gemacht wurde: Nur in ganz seltenen Fällen ist es gelungen aus so einem Protest heraus einen längerfristigen, weiterreichenden Widerstand zu entwickeln. Die Angst vor der Bedrohung der bislang als im wesentlichen "heil" oder wenigstens "erträglich" empfundenen Welt durch außen ist in der Regel eben ein fragwürdiger Ansatz für emanzipatorisches Handeln.

Wie nah beieinander Protest und Ressentiment liegen können wurde anlässlich der Auseinandersetzungen um den jüdischen Friedhof in Hamburg-Ottensen im Frühjahr 1992 deutlich. Auf dem Gelände des von den Nazis weitgehend, aber nicht völlig zerstörten Friedhofes, will die Investorengemeinschaft Büll und Liedtke ein Einkaufszentrum errichten - eine Planung gegen die seit längerem und überaus engagiert ein breites Bündnis von Gruppen und Einzelpersonen im stark scene-beeinflußten Stadtteil opponiert. Anfang des Jahres, Büll und Liedtke haben mit ersten Bauarbeiten begonnen, intervenieren zusätzlich orthodoxe jüdische Gruppen, unterstützt von Juden in aller Welt, und besetzen den Bauplatz: Sie wollen die Schändung der verbliebenen, noch nicht zerstörten Gräber verhindern. Wo bislang die Investorengruppe der Feind "in unserem Viertel" war, geraten jetzt die orthodoxen Juden ins Blickfeld: Am Bauplatz werden von AnwohnerInnen offen antisemitischen Klischee - denen geht es doch nur ums Geld - und antizionistisch verklausuliertes Ressentiment - wir können doch nicht mit Leuten zusammenarbeiten, die für die Vertreibung der Palästinenser aus der Westbank verantwortlich sind - verbreitet. Innerhalb der Bürgerinitiative kommt es zu scharfen Auseinandersetzungen über die Frage, ob der Protest der Juden, der mit einem mal bundesweit Beachtung, aber kaum nennenswerte Zustimmung findet, unterstützt werden soll oder nicht. "Es geht nicht nur um die deutsche Geschichte..." versucht ein AnwohnerInnen-Flugblatt die Dimension der Auseinandersetzung herunterzuspielen und die eigenen Ängste, vor Zerstörung des Viertels, zu viel Autoverkehr etc. wieder in den Mittelpunkt zu stellen.

Selten überschneiden sich Interessen und Konfliktlinien so offensichtlich wie in diesen Wochen in Ottensen - das zugrundeliegende Problem existiert aber fast überall in Deutschland.

Die RAF versucht im August-Papier an einem anderen Beispiel, dem Kampf um die Erhaltung der Hafenstrasse, eine weitere Eingriffsmöglichkeiten für linke Politik zu benennen: "Es hat bei uns viele Diskussionen ausgelöst und uns ins Nachdenken gebracht, wie die Leute es dort geschafft hatten, einen entschlossenen Kampf für ihr Ziel, ihre Lebensperspektive zu führen und mit der gleichen Entschlossenheit, mit der sie dem Staatsapparat gegenüberstanden auch um die Verbindung mit tausenden Menschen in der Stadt und darüber hinaus gekämpft haben. Es war nicht diese alte Art Bündnispolitik, in der alles nach dem Prinzip funktioniert, welche Position kann sich durchsetzen...sie haben diese Prozeß bis zu ihrer Durchsetzung mit großer Offenheit anderen gegenüber gemacht. Mit dieser Stärke haben sie sich gegen die Politik der >harten Haltung< des Staates durchgesetzt. Das war nach 77, wo der Staat mit der Ermordung von Gudrun (Ensslin), Andreas (Baader) und Jan (Raspe) eine absolute Grenze dagegen, daß Widerstand hier durchkommen kann, setzen wollte, das erste mal, daß es wieder die Erfahrung gab, daß ein Kampf sich gegen den Staat durchsetzen konnte." Nüchtern betrachtet wurde die Legalisierung eines Wohnprojekts durchgesetzt, in gewisser Hinsicht war das ein später Abschluß des Häuserkampfes der frühen achtziger Jahre: Insofern ist es eine Mystifizierung, vom ersten Kampf der sich nach dem Deutschen Herbst gegen den Staat durchsetzen konnte zu sprechen (zumal man sich fragt, welcher Kampf sich eigentlich 1977 und davor durchsetzen konnte?).

Wirklich neu an den Auseinandersetzungen um die Hafenstrasse und zukunftsweisen war allerdings die Entstehung des "Initiaivkreises für den Erhalt der Hafenstrasse", dessen undogmatische politischen Interventionen an der

Durchsetzung von Mietverträgen für die besetzten Häuser wesentlich beteiligt war, und der in Folge, worauf auch die RAF verweist, mit seinem Aufruf für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen einen "großen Schritt dazu getan (hat), daß die Kriminalisierung der Forderung zurückgedrängt worden ist". Selbst dieses erfolgreiche Bündnis, dem gelungen ist, aus den Erfahrungen zur Unterstützung eines Projekts im Häuserkampf, weitere Schritte zu entwickeln, ist aber, wie wir heute zur Kenntnis nehmen müssen, auseinandergebrochen und seit der Wiedervereinigung, insbesondere in den Versuchen sich Wiedervereinigung und grassierendem Rassismus entgegenzustellen als solches nicht mehr in Erscheinung getreten.

Ohne diese Auflösung hier im Einzelnen erklären zu können oder ein Resümee der Arbeit des Initiativkreises ziehen zu wollen (das aus dessen Reihen gezogen allerdings sicher von einigem Wert wäre) läßt sich zumindest sagen, daß es auch mit den außerordentlichen Schwierigkeiten des antirassistischen Engagements im wiedervereinigten Deutschland zu tun hat, das sich eben nicht so einfach bewerkstelligen läßt, wie es die RAF am Ende ihres August-Papier nahelegt:

"In Mannheim, wo es vor kurzer Zeit eine rassistische Mobilisierung aus der Bevölkerung eines Stadtteils gegen Flüchtlinge gab, war die Situation vorher so: In dem Stadtteil, wo die Flüchtlinge hingekommen sind und angegriffen wurden, hatten vorher Jugendliche einen Raum für sich gefordert, der ihnen von der Stadt verweigert wurde (1). In genau dieses Gebäude mußten die Flüchtlinge einziehen. Hätte es vorher eine Auseinandersetzung um die Situation im Stadtteil gegeben, hätten die Jugendlichen von z.B. Antifas in der Region, die dann auch später den Schutz für die Flüchtlinge übernommen haben, Unterstützung bekommen, und hätte sich dort schon etwas gemeinsames solidarisches entwickelt, dann hätte das Kommen der Flüchtlinge auch etwas ganz anderes auslösen können, denn wo Flüchtlinge hinkommen, da ist auch schnell die Auseinandersetzung daran da, warum sie hierher fliehen müssen und in ihren Ländern nicht mehr leben können: Daran, daß die Ursachen für das weltweite Elend im gleichen System liegt, das hier Jugendlichen keine Räume läßt. Dann hätte es die Auseinandersetzung daran geben können, wie sie sich zusammen den Raum für das Leben erkämpfen können."

Zwischen den Zeilen enthält dieser Passus eine Idealisierung der Flüchtlinge, die als Ansatz für eine Intervention die Niederlage bereits in sich birgt und auf den schematischen Antiimperialismus zurückzuführen ist. Keineswegs fliehen die Flüchtlinge nämlich notwendigerweise vor dem gleichen System, das auch die hier Lebenden unterdrückt - andererseits sind die Probleme von Jugendlichen, die hier kein Jugendzentrum bekommen auch nicht ansatzweise mit dem Elend oder der Unterdrückung in den Herkunftsländern der Flüchtlinge gleichzusetzen. Islamische Fundamentalisten aus dem sozialistisch regierten Algerien, bürgerlich-oppositionelle Irakis, aus dem türkisch unterdrückten Teil Kurdistans geflohene Nationalisten, dem Rassismus in mehreren Ländern zum Opfer gefallene staatenlose Roma bilden eine weder politisch noch sonstwie homogene Gruppe, die gegen den deutschen Nationalismus und sein völkisches Selbstverständnis in Schutz genommen werden müssen, die dennoch in einer anderen, als der deutschen politischen Landschaft, oftmals Gegner sind.

Gravierender ist aber die Verharmlosung der rassistischen Gewalt, indem die vergebliche Bemühung von Jugendlichen eigene Räumlichkeiten zu bekommen und die rassistische Mobilisierung der Mannheimer in einen ursächlichen

Zusammenhang gebracht werden. Solidarisches Handeln und rassistische Attacken sind nicht einfache Alternativen, deren Wahl von glücklichen Umständen oder einer geschickten Taktik abhängt. Ein Klima, das so von Ressentiment bestimmt ist, daß es sich in Gewalt entlädt, wenn Flüchtlingen in ein Gebäude eingewiesen werden, das man für sich selbst gefordert hat, ist nicht mit einer "Auseinandersetzung über die Situation im Stadtteil" zu entspannen oder gar in die richtige Richtung zu lenken. Daß, wie die AutorInnen der Dokumentation "Hoyerswerda in Mannheim-Schönau?", feststellen, auch viele Nicht-Deutsche Teil des Mobs gegen die Flüchtlinge waren, ändert nichts an dessen rassistischer Qualität, sondern sagt lediglich etwas darüber aus, daß sich in deutschen Verhältnissen eben nicht nur gebürtige Deutsche brutalisieren (auch das ist durchaus eine Lehre aus dem Nationalsozialismus). Selbstverständlich lassen sich, auch darin ist den Broschüre-AutorInnen recht zu geben, "lassen sich >rassistische Denkweisen< eben nicht von den sozialen Verhältnissen ablösen", die sozialen Verhältnisse bestimmen sich aber nicht nur durch die Höhe (oder Tiefe) des Einkommens und die Klassenlage - diesem Reduktionismus ist die Linke schon einmal aufgesessen.

Die Entwicklung emanzipatorischen Bewußtseins ist Arbeit an sich selbst, ist eine Herausforderung, kein Angebot, so wie auch die rassistische Aggression nicht einfach Folge einer Verführung, sondern eine Entscheidung ist, zu der es bei jedem Schritt eine Alternative gibt. Gegenmacht kann deswegen, gerade angesichts der volksgemeinschaftlichen Mobilisierung nur aus kompromißloser Abgrenzung erwachsen, nicht aus der Betonung einer, wie weit auch zurückliegenden oder wie tief verborgenen Gemeinsamkeit mit den militanten RassistInnen und ihren MitläuferInnen, sondern aus der konsequenten und weitreichenden Entwicklung des Gegensatzes.

Das Problem eines Aufbaus der "Gegenmacht von unten" auf die die RAF sozialrevolutionäre Wege aus der Militarisierung des eigenen Kampfes und der Niederlage der Linken insgesamt suchend setzt, ist also derzeit vor allem in der konzeptionellen und tatsächlichen Schwäche der linken Fraktionen zu suchen, im unklaren Verhältnis zum Volk, zu den potentiellen TrägerInnen der Gegenmacht - nicht so sehr darin "daß der Staat keinen Raum zuläßt, in dem sich sowas organisieren läßt" (August-Papier).

(1) Diese Information ist weder in den beiden Broschüren enthalten, noch konnten Mannheimer Freunde sie mir bestätigen. Konkrete Planungen für die Gendarmerie-Kaserne gab es jedenfalls nicht. Was es allerdings gab, war eine Bitte von Flüchtlingen im Mehrzwecksaal des Jugendhauses in Schönau Sport treiben zu dürfen (Mannheimer Morgen vom 9. April 1992). Diese Bitte wurde abgelehnt, weil, so die Pädagogen und Sozialarbeiter, "damit das bislang so erfolgreiche Konzept der langfristigen emanzipatorischen Arbeit mit deutschen und ausländischen Jugendlichen zusammenbrechen werde.", denn "die Asylbewerber (sind) aufs engste mit der Rauschgiftszene verzahnt."